

F 57.291

April 1979

Schein

# Rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Montag, 2. April 1979

Blatt 771

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Bereits über FS

ausgesendet:

(violett)

Wienerwald: Seltene Pflanzen sollen wieder häufiger werden

Kommunal:

(rosa)

Wiener Landtag

Wiener Gemeinderat

Mittwoch: Bürgermeister-Pressegespräch

Fernsehkameras für Floridsdorfer Verkehrsknotenpunkte

AKH: Gleichfeier und "Tage der offenen Tür"

Zilk: Grundsätze des Bürgerdienstes

Nur über FS:

31.3. Praterrestaurant brannte

Wieder: Zigarettenrest als Brandstifter

2.4. Z-Zweigstelle Siebenhirten: Malerei, Graphik und Kammermusik

Mariahilfer Veduten

Straßenbahnstörung durch LKW-Unfall

Neben Gerngross: Kompressor brannte

.....  
 bereits am 31. maerz ueber fernschreiber ausgesendet  
 .....

k o m m u n a l :

=====

wienerwald: seltene pflanzen sollen wieder haeufiger werden

5 wien, 31.3. (rk) wer haeufig im wienerwald wandert, hat es sicher schon bemerkt: zahlreiche seltene, geschuetzte pflanzenarten wie akelei, tuerkenbundlilie, seidelbast, weisser diptam oder frauenschuh sind in weiten teilen des wienerwalds fast ausgerottet. gemeinsam mit einem privatmann, der seit jahren seltene wienerwaldpflanzen zuechtet, haben die wiener naturfreunde wiederholt pflanzaktionen durchgefuehrt, um diese geschuetzten, seltenen pflanzen wieder in der umgebung wiens anzusiedeln.

"die fast ausgestorbenen, im wienerwald heimischen pflanzenarten wie tuerkenbund, seerose oder seidelbast sollen in zukunft in groesserer anzahl wieder ausgesetzt werden koennen", erklaerte stadtrat peter s c h i e d e r gegenueber der "rathaus-korrespondenz". "ich habe das stadtgartenamt angewiesen, die entsprechenden aktionen der wiener naturfreunde zu unterstuetzen und fuer den wienerwald typische, wild wachsende pflanzen zu kultivieren. bereits heuer im herbst werden die ersten, im staedtischen reservergarten hirschstetten gezuechteten pflanzen den wiener naturfreunden zur verfuegung gestellt".

die dafuer notwendigen samen haben die mitarbeiter des stadtgartenamts zum teil selbst im wienerwald gesammelt und dann im reservergarten kultiviert. heuer im herbst werden die naturfreunde rund 250 stueck des seltenen tuerkenbunds und tausend stueck weissen diptam - er wurde in toepfen gezogen und kann mit dem wurzelballen im wienerwald gesetzt werden - erhalten, ein jahr darauf werden bereits 2000 tuerkenbundlilien, hundert stueck seidelbast und 1000 diptampflanzen zur verfuegung stehen. bis herbst 1981 wird das stadtgartenamt - ausser weiteren tuerkenbundlilien und weissem diptam - auch waldhyazinthen und die gelbe seerose zuechten.

./.

2. april

''rathaus-korrespondenz''

blatt 773

zusaetzlich werden auch mit weiteren, im wienerwald selten gewordenen pflanzenarten wie iris, akelei, zweiblatt, waldvoegelein, frauenschuh und verschiedenen anderen orchideenarten kultivierungsversuche im reservergarten hirschstetten durchgefuehrt. allerdings wird es hier noch einige zeit dauern, bis genuegend pflanzen zum aussetzen vorhanden sind. von der zwergiris, der kuhshelle, der waldanemone und dem adonisroeschen benoetigt die ma 42 noch mutterpflanzen beziehungsweise saemereien, um fuer die vermehrung auch dieser pflanzen zu sorgen.

''wir werden uns weiterhin um die anzucht geschuetzter, seltener wienerwaldflora bemuehen'', betonte schieder dazu. ''gleichzeitig bitte ich aber auch alle besucher des wienerwalds, den erfolg dieser versuche zu foerdern und geschuetzte pflanzen zu schonen''.

(hs)

1102

k o m m u n a l :

=====

## wiener Landtag (1)

3 wien, 2.4. (rk) unter dem vorsitz des ersten landtagspraesidenten hubert p f o c h trat montag der wiener Landtag zu einer sitzung zusammen. praesident pfoch gedachte eingangs der kuerzlich verstorbenen langjaehrigen mitglieder des gemeinderates und Landtages, landtagspraesidenten komm.rat. karl m u e h l h a u s e r , stadtrat a.d. dkfm. richard n a t h s c h l a e g e r und Landtagsabgeordneten hofrat prof. rudolf z o e r n e r .

## fragestunde

Landeshauptmann Leopold g r a t z erklarte auf die 1. a n f r a g e des Landtagsabgeordneten mag. k a u e r (oevp), ob bereits ein gutachten des bundeskanzleramtes-verfassungsdienstes ueber die einfuehrung des persoenlichkeitswahlrechtes in wien vorliegt, dass sowohl dieses gutachten als auch eine stellungnahme der magistratsdirektion fertig sind. beide gutachten werden den Landtagsklubs uebergeben. aus den gutachten geht hervor, dass eine einfuehrung des persoenlichkeitswahlrechtes ohne aenderung der bundesverfassung nicht moeglich ist.

auf eine erste z u s a t z f r a g e , ob in den gutachten auch ueberlegungen ueber andere moeglichkeiten der einfuehrung angestellt wurden, antwortete gratz, dass darauf kein bezug genommen wurde.

auf eine zweite z u s a t z f r a g e , ob noch ein fakultaetsgutachten eingeholt wird, erklarte gratz, dass er diese frage gerne in der landesregierung zur diskussion stellen wird. wenn beide grossen parteien wirklich eine kombination zwischen persoenlichkeits- und verhaeltniswahlrecht wollen, dann erscheint allerdings ein solches gutachten entbehrlich, da die parteien einen entsprechenden beschluss sofort fassen koennen. die einholung eines fakultaetsgutachtenswuerde eine neue regelung eher auf die lange bank schieben.

Landeshauptmann gratz erklarte auf die 2. anfrage des Landtagsabgeordneten arthold (oevp), ob das beim bundesministerium fuer bauten und technik eingereichte projekt fuer den bau der sued-ost-autobahn vom knoten arsenal bis zur landesgrenze keine ausreichenden umweltschutzmassnahmen vorsieht, dass dieses projekt auf die jahre 1973-74 zurueckgeht und dass deshalb die in den jahren 1975 und 1977 erfolgten aenderungen des bundesstrassen-gesetzes nicht beruecksichtigt sind. derzeit wird ein endgueltiges projekt mit ausreichenden schutzeinrichtungen im magistrat ausge- arbeitet. auf die zusatzfrage, ob wien wie das land niederoester- reich ein umweltgutachten eingeholt hat, antwortete gratz, dass er diese frage ad hoc nicht beantworten koenne.

auf die 2. zusatzfrage, ob in zukunft genuegend umweltschutzmassnahmen gesetzt werden, erklarte gratz, dass beabsichtigt ist, alle moeglichen schutzmassnahmen fuer autobahnen vorzunehmen. (sei) (forts.)

1133

wiener landtag (2):

fragestunde (forts.)

6 wien, 2.4. (rk) die zusammenarbeit zwischen dem bund und der stadt wien laesst sich in drei bereiche zusammenfassen, erklarte landeshauptmann leopold gratz auf die 3. anfrage von labg. franziska fast (spoe). die wichtigsten aufgaben sind erstens die weitere verbesserung der verkehrsverhaeltnisse, zweitens der komplex der wohnungs-, bau- und grundstuecksfragen, sowie drittens die zielstrebige fortsetzung der gemeinsamen projekte.

beim verkehr steht der ausbau der u-bahn- und der s-bahn an erster stelle. hier geht es vor allem um den bau der u 3 vom westbahnhof zum stadtzentrum und weiter in den 3. bezirk. beim strassenbau konnten besonders wichtige fortschritte erzielt werden: die aufwendungen des bundes stiegen von rund 37 millionen im jahr 1970 kontinuierlich auf fast 787 millionen im vorjahr. weitere gemeinsame aufgaben sind die verbesserung der verkehrsverhaeltnisse durch die verkehrsueberwachung, sowie ein projekt, das ausser bund und wien auch die bundeslaender niederoesterreich und burgenland be- trifft, naemlich die realiesierung des verkehrsverbundes. /.

im bereich der wohnungs-, bau - und grundstuecksfragen sind vor allem legislatische massnahmen zu erwarten, wie ein praktikables bodenbeschaffungsgesetz und die reform des mietenrechtes. ausserdem auch zusaetzliche moeglichkeiten fuer die stadterneuerung.

beim dritten komplex der zusammenarbeit hob landeshauptmann gratz den bau des oesterreichischen konferenzzentrums hervor. weitere gemeinsame grosse projekte, bei denen sich die zusammenarbeit gut bewaehrt hat, ist die neugestaltung des donauraums und der neubau des allgemeinen krankenhauses. auf dem wunschzettel der stadt wien an den bund stehen weiter der zuegige ausbau des telefonnetzes sowie praktikable bestimmungen, um der verschmutzung der umwelt entgegenwirken zu koennen.

in voller uebereinstimmung mit der bundesregierung und der stadt wien wurden in den letzten jahren wirtschaftspolitische massnahmen gesetzt, die ein sehr hohes beschaefigungsniveau garantierten und eine positive wirtschaftsentwicklung sicherten. landeshauptmann gratz gab seiner hoffnung ausdruck, dass auch in den kommenden jahren weiterhin eine so gute zusammenarbeit im interesse der wienerinnen und wiener aber auch im interesse der gesamt-oesterreichischen funktion der bundeshauptstadt moeglich sein wird.

auf die 4. a n f r a g e von abg. dr. marillies f l e m m i n g (oevp) ueber die angekuendigte verordnung fuer die wiener kinderspielplaetze antwortete stadtrat n e k u l a , dass die verordnung im entwurf fertig sei, aber wesentliche bestimmungen ueber die hygiene und reinhaltung noch mit den magistratsdienststellen koordiniert werden.

auf die 1. z u s a t z f r a g e nach der art der kinderspielplaetze stellte nekula fest, dass es drei arten von kinderspielplaetzen gibt, naemlich oeffentliche kinderspielplaetze, kinderspielplaetze in wohnhausflaechen und spielflaechen, die kinderspielplatzcharakter haben. die definition des kinderspielplatzes werde in der verordnung exakt geklaert.

auf die 2. z u s a t z f r a g e erklaerte stadtrat nekula, dass vom jugendamt und paedagogen eine optimale ausgestaltung der kinderspielplaetze nach dem gesichtspunkt der gesundheit fuer die kinder beruecksichtigt werden. neue kinderspielplaetze muessen bereits nach der neuen verordnung ausgestaltet werden. wobei eine einhaltung des hygienegesetzes das schwierigste problem bietet.

(ba) (forts)

k o m m u n a l :

=====

wiener landtag (3):

fragestunde (forts.)

7 wien, 2.4. (rk) 5 . a n f r a g e von labg. dr. h i r n - s c h a l l (fpoe), ob eine novellierung der verordnung ueber die pflichtstellplaetze nach dem wiener garagengesetz vorgesehen ist. stadtrat n e k u l a (spoe): eine novellierung des garagengesetzes ist moeglich, es ist aber sinnvoll, dabei den zusammenhang mit dem verkehrskonzept herzustellen. die zusammenarbeit mit den geschaeftsgruppen fuer stadtplanung sowie fuer strasse, verkehr und energie ist notwendig. auf die zusatzfrage, ob er eine solche novellierung vorschlagen werde, erklaerte nekula, dass ueberlegungen angestellt wurden bezueglich der innerstaedtischen bereiche gebe es eine auffassungsdifferenz. das stellplatzproblem sei auch im zusammenhang mit beschleunigungsmassnahmen fuer oeffentliche verkehrsmittel zu sehen. wenn eine koordinierung erfolgt, sei er bereit, dem landtag eine novelle vorzuschlagen.

6 . a n f r a g e von gr. d i n h o f (spoe), welche finanziellen probleme in den letzten jahren gemeinsam mit dem bund positiv erledigt werden konnten. stadtrat m a y r (spoe): es wurde eine reihe wesentlicher verbesserungen erreicht, von denen nur einige wenige genannt seien: durch das abgabenaenderungsgesetz 1976 wurde die bundeskraftfahrzeugsteuer eingefuehrt, deren ertraegnisse fuer den oeffentlichen nahverkehr zweckgebunden sind. 60 prozent werden fuer die oebb verwendet, 25 prozent fliessen dem wiener u-bahn bau und 15 prozent den strassenbahn- und o-bus-betrieben zu (davon 55 prozent den wiener verkehrsbetrieben). 1979 erwartet wien daraus 310 millionen fuer den u-bahn-bau und 121,6 millionen fuer die wiener verkehrsbetriebe.

zwischen dem bund und den laendern wurde ein uebereinkommen ueber die krankenanstaltenfinanzierung getroffen, das 1978 in kraft trat. ein krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds wurde errichtet. 1979 wird dadurch ein zuschuss von 773 millionen erwartet, gegenueber 347 millionen bei der vorherigen regelung.

./.

weilers wurde eine vereinbarung ueber den beschleunigten bau von schulen im 22. bezirk getroffen. die floridsdorfer bruecke wurde in das bundesstrassennetz uebernommen, darueber hinaus wurde eine vereinbarung ueber die vorfinanzierung wichtiger verkehrsbauwerke, darunter die hubertusdamm-autobahn, die flughafenautobahn, die brigittenauer bruecke, die reichsbruecke und die ueberbrueckung der prager strasse, getroffen.

gemeinsam mit dem bund wurde ein klinikbauprogramm durchgefuehrt ueber den bau des konferenzzentrums bei der uno-city wurde ein beschluss gefasst.

die summe der finanziellen verbesserungen allein fuer den nahverkehr, durch das klinikbauprogramm und den krankenanstalten-zusammenarbeitsfonds bezifferte mayr auf eine diesbezugliche zusatzfrage fuer 1979 mit 897,6 millionen schilling.

7. a n f r a g e von labg. f u e r s t (oevp), auf welche weise in einem katastrophenfall die zusammenarbeit zwischen den zustaeendigen stellen sichergestellt sei. stadtrat s c h i e d e r (spoe): wir sind durch plaene, veranlassungen, durchfuehrungsbestimmungen, ausbau der nachrichteneinrichtungen, besprechungen etc. bemueht, die voraussetzungen fuer eine effektive zusammenarbeit zu bieten. eine garantie ist nicht moeglich. der reibungslose ablauf in einem katastrophenfall haengt naturgemaess vom einsatz der beteiligten menschen ab. auf die z u s a t z f r a g e , was fuer den aufbau einer freiwilligen buergerwehr geschehen sei, antwortete schiederwn dass es

nicht um eine buergerwehr gehe, sondern um die schaffung der organisatorischen voraussetzungen. damit in einem katastrophenfall genuegend personal fuer hilfsdienste zur verfuegung steht.

der pfadfinder-katastrophenzug habe seine dienste angeboten, erklarte fuerst in einer zweiten zusatzfrage, habe aber keine antwort erhalten. sei das so zu verstehen, dass die ankuendigung des buergermeisters bezueglich einer privaten hilfstruppe noch nicht konkretisiert sei? keineswegs, antwortete schieder. mit der pfadfinder-organisation haben ausfuehrliche gespraechе stattgefunden. wir rechnen in einer katastrophensituation mit dem katastrophenzug der pfadfinder. er ist in unsere ueberlegungen ebenso eingegliedert wie mehrere andere private organisationen.

(ger) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener landtag (4):

fragestunde (schluss)

8 wien, 2.4. (rk) die 8. a n f r a g e von abg. dkfm. b a u e r (fqoe), ob das katastrophenhilfegesetz durch einen gesetzentwurf ueber die freiwillige mitwirkung einsatzbereiter buenger ergaenzt werden wird, beantwortete stadtrat s c h i e d e r : derzeit ist nicht abzusehen, ob ein derartiges gesetz notwendig ist, moeglicherweise wird das fuer einzelpersonen einmal zu ueberlegen sein. fuer die mitwirkung von organisationen im katastrophenfalle hat das katastrophengesetz entsprechende bestimmungen.

z u s a t z f r a g e : sollte man nicht ueberlegen, ob bei grossereignissen, die zwar noch keine katastrophe sind, aber die kapazitaet der wiener feuerwehr ueberfordern, freiwillige heranziehen bzw. eine freiwillige feuerwehr ins leben rufen? str. s c h i e d e r : an die aufstellung einer freiwilligen feuerwehr ist nicht gedacht.

9. a n f r a g e von praesident h a h n (oevp), ob fuer die einfamilienhaeuser der gesiba in der carabelligasse ausnahmebestimmungen getroffen werden, da die gesamt-kosten die hoechstgrenzen der wohnbaufoerderung ueberschreiten werden, beantwortete stadtrat h a t z l : nach vorliegenden berichten ueberschreiten die baukosten die hoechstgrenzen der wohnbaufoerderung nicht.

z u s a t z f r a g e ist nicht anzunehmen, dass bei einer anzahlung von 474.174 schilling und gesamt-baukosten von 1,8 millionen, wie sie in einem vertrag fuer 126 quadratmeter wohnraum genannt werden, die zulaessigen hoechstgrenzen ueberschritten werden? h a t z l : die foerderung ist fuer fast 10.500 pro quadratmeter gegeben.

2. z u s a t z f r a g e : sind sie bereit, die baukostenfrage zu ueberpruefen? h a t z l : ja

./.

10. a n f r a g e von str. dr. g o l l e r (oevp), wann der vor zwei jahren abgesetzte antrag, teile von ober und unter laa als kurort anzuerkennen, neuerlich der landesregierung vorgelegt wird, beantwortete str. univ.-prof. dr. s t a c h e r : weil fuer die urspruenglich geplante kurzzone keine befriedigenden loesungen fuer bestimmte auflagen, schwefeldioxyd-emissionen bzw. verkehrslaermeinschraenkung, gefunden werden konnte, konnte bisher keine anerkennung als kurort erfolgen. auf grund von gutachten der bundesstaatlichen anstalt fuer experimentell-pharmakologische und balneologische untersuchung, wird eine einschraenkung des kurbereichs vorgeschlagen. fuer einen neuerlichen antrag in der landesregierung sind noch untersuchungen ueber den fluglaerm bzw. ein emissionskataster ausstaendig.

z u s a t z f r a g e : koennen sie sagen, wie die oertliche einengung der kurzzone erfolgt? s t a c h e r : derzeit nicht, das haengt von den ausstaendigen untersuchungen ab.

2. z u s a t z f r a g e : wann wird endlich die kurkommission eingesetzt werden? s t a c h e r : erst wenn das kurzentrum als kurort anerkannt ist. (smo) (ende der fragestunde) (forts)

k o m m u n a l :

=====

wiener landtag (5):

## tagesordnung

9 wien, 2.4. (rk) ein f p o e - a n t r a g ueber eine novellierung der bestellung zum wohnbaufoerderungsrat wurde dem amtsfuehrenden stadtrat fuer wohnen und stadterneuerung zur beantwortung zugewiesen. als neues mitglied des landessportrates wurde labg. n u s s b a u m (spoe), als ersatzmitglied prof. b i t t n e r (oevp) gewaehlt.

eine neue vertragsbedienstetenordnung 1979 der stadt wien und eine novellierung der landarbeitsordnung (berichterstatter stadtrat n e k u l a , spoe) wurde einstimmig beschlossen.

## 5-tage-schulwoche

ueber eine aenderung des wiener schulgesetzes, durch die der samstag an volksschulen, sonderschulen und polytechnischen lehrgaengen schulenweise unterrichtsfrei erklaert werden kann, berichtete landeshauptmann-stellvertreterin gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r (spoe). der schulfreie samstag ist nur moeglich, wenn die erziehungsberechtigten und die lehrer einer schule sich in einer geheimen befragung mehrheitlich dafuer ausgesprochen haben. fuer jene eltern, die gegen die 5-tage-schulwoche sind, soll in einer zumutbaren entfernung die moeglichkeit gegeben sein, ihre kinder in eine 6-tage-schule zu schicken.

dkfm. b a u e r (fpoe) sprach sich fuer die neuregelung aus. die erfahrungen in oberoesterreich haben gezeigt, dass die einfuehrung der 5-tage-woche kaum ein paedagogisches problem ist, sondern nur die freizeitgewohnheiten und wuensche betrifft. nach ansicht der fpoe soll die wahlmoeglichkeit zwischen 5- oder 6-tage-unterricht nicht nur zwischen schulen, sondern innerhalb einer schule gegeben sein. ein diesbezuglicher a b a e n d e r u n g s a n t r a g der fpoe fand jedoch nicht die erforderliche unterstuetzung. (sei)  
(forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener landtag (6):

5-tage-schulwoche (schluss)

10 wien, 2.4. (rk) labg. prof. b i t t n e r (oevp) wies darauf hin, dass die einfuehrung der 5-tage-schulwoche kein paedagogisches anliegen sei, sondern nach den vorstellungen zahlreicher verschiedener interessenvertretungen zustande kam. daher gebe es eine uneinheitliche meinung bei allen betroffenen ueber die vor- und nachteile der 5-tage-schule. keinesfalls duerfe die qualitaet der ausbildung auf kosten der schulzeit zu kurz kommen. naturgemaess wird die belastbarkeit der schueler an 5-tage-schulen an den einzelnen schultagen groesser sein. wie sich diese starke belastung auswirkt, wird sich erst in zukunft weisen. bittner begruesste die geheime, schulweise abstimmung, verwies aber auf ein anliegen der oevp nach der moeglichkeit, eine klassenweise abstimmung vorzunehmen. der 6. schultag muesse ein normalschultag bleiben und duerfe kein ausnahmefall werden. keinesfalls duerfe die 5-tage-schulwoche der einstieg zum ganztagsschulsystem sein.

labg. erik h a n k e (spoe) verwies auf die flexibilitaet des gesetzes, wonach eltern und lehrer gemeinsam die moeglichkeit zur entscheidung offen steht. die vorlage des gesetzentwurfes signalisiere das ende einer bereits seit 1970 gefuehrten diskussion. die einfuehrung der 5-tage-schulwoche duerfe nicht mit dem ruf nach verkuerzung der arbeitszeit verglichen werden. ebenso wenig duerfe es zur diskriminierung jener schueler kommen, deren eltern am samstag berufstaetig sind, oder zu einer benachteiligung der leistungsschwaecheren kinder. die ganztagsschule sei ein schultyp der von zahlreichen eltern begruesst wird. es sei bedenklich und unverstaendlich, dass sich die oevp gegen derartige schulversuche stelle.

in ihrem schlusswort unterstrich vizebuergerrmeisterin gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r den partnerschaftlichen geist des gesetzes. in ihrem bemuehen um chancengleichheit wird die stadt wien jenen kindern die von ihrem eltern am samstag nicht betreut werden koennen, ausreichende moeglichkeiten zur verfuegung stellen. /.

a b s t i m m u n g : das gesetz wurde in erster und zweiter  
lesung einstimmig a n g e n o m m e n . (ba)

wiener krankenanstaltengesetz

stadtrat univ.-prof. dr. s t a c h e r (spoe) referierte eine  
gesetzesvorlage betreffend die aenderung des wiener krankenanstalten-  
gesetzes. die aenderung betrifft ein nachziehen gegenueber dem bun-  
desgesetz im zusammenhang mit dem zusammenarbeitsfonds.

a b s t i m m u n g : einstimmig a n g e n o m m e n . (ger)  
(schluss)

k o m m u n a l :

=====

## mittwoch buergermeister-pressegespraech

4 wien, 2.4. (rk) buergermeister leopold g r a t z und verkehrsstadtrat heinz n i t t e l werden im pressegespraech des buergermeisters am kommenden mittwoch, dem 4. april, ueber grundsatzliche und aktuelle verkehrsfragen informieren. das pressegespraech findet wie immer um 12 uhr im konferenzsaal des presse- und informationsdienstes (rathaus, eingang lichtenfelsgasse) statt. (sti)

1135

## fernsehkameras fuer floridsdorfer verkehrsknotenpunkte

5 wien, 2.4. (rk) vier wichtige verkehrsknotenpunkte im 21. bezirk wurden mit fernsehkameras ausgestattet und koennen nunmehr von der verkehrsleitzentrale der wiener polizei in der rossauer kaserne aus direkt ueberwacht werden. die anlagen an den kreuzungen floridsdorfer hauptstrasse/hubertusdamm, floridsdorfer hauptstrasse jedleseer strasse, am spitz und nordbruecke/prager strasse gingen montag in betrieb. die kameras koennen von der leitzentrale fernbedient werden, sie sind schwenkbar, besitzen eine zoom-optik und sind auch waehrend der nacht funktionstuechtig. eine heizung sorgt fuer betriebssicherheit auch bei frost.

verkehrsstadtrat heinz n i t t e l kuendigte gegenueber der 'rathaus-korrespondenz' an, dass in einer zweiten ausbaustufe - voraussichtlich mitte dieses jahres - die verkehrsampeln der 'signalgruppe floridsdorf' mit der derzeit modernsten fernsteuerung ausgestattet werden: die ampelphasen der koordinierten anlagen koennen dann von der verkehrsleitzentrale aus per knopfdruck der jeweiligen - auf den fernschirmen ersichtlichen - verkehrssituation angepasst werden. (ger)

1138

k o m m u n a l :

=====

akh: gleichenfeier und ''tage der offenen tuer''

12 wien, 2.4. (rk) am donnerstag, dem 26. april, geht ein bedeut-  
samer bauabschnitt beim neubau des allgemeinen krankenhauses zu  
ende. der zweite bettentrakt hat die dachgleiche erreicht. nach der  
gleichenfeier, die an diesem tag abgehalten wird, koennen sich die  
wienerinnen und wiener selbst davon ueberzeugen, was dort gebaut  
wird, erklarte finanzstadtrat hans m a y r der ''rathaus-korre-  
spondenz''. bis einschliesslich sonntag, den 29. april, gibt es  
''tage der offenen tuer'' mit fachkundigen fuehrungen durch die an-  
lagen des neuen akh. (red)

1320

k o m m u n a l :

=====

## zilk: grundsätze des buergerdienstes

13 wien, 2.4. (rk) "aufgabe nummer eins des buergerdienstes ist die entscheidende orientierungshilfe im bereich der bestehenden und sich weiter entwickelnden palette von einrichtungen der stadtverwaltung", betonte stadtrat prof. dr. helmut z i l k montag im rahmen eines pressegesprächs. jeder buerger muesse, so zilk, die moeglichkeit haben, zu jener stelle zu kommen, die ihn sozusagen schon erwartet und ihm die hilfe, die er braucht, unkompliziert geben kann.

der buergerdienst selbst muesse nach buergernahen, universellen und unbuerokratischen grundsätzen arbeiten, erklarte zilk. er sei als dienstleistung fuer den buerger, fuer verschiedene stellen, aber auch fuer den politiker, der etwa in zusammenhang mit dem wunsch eines buergers selbst vor einem problem steht, und auch als dienstleistungsbetrieb fuer die medien gedacht.

## ausstellen des buergerdienstes geplant

um der bevoelkerung nicht nur hilfstellung, sondern auch die moeglichkeit zum persoentlichen gespraech zu bieten, werden auch neun oder zehn ausstellen des buergerdienstes eingerichtet: "wir wissen, wie schwer es ist, menschen dazu zu bekommen, sich bei einer oeffentlichen stelle zu erkundigen", meinte zilk. "und wir wissen, dass unsere aelteren mitbuerger selten aus ihrem unmittelbaren lebensbereich hinausgehen. daher werden wir neun bis zehn ausstellen des buergerdienstes schaffen." jede dieser ausstellen soll mit einem bis zwei mitarbeitern besetzt sein, die dafuer notwendigen personen wurden im rahmen einer magistratsinternen ausschreibung gefunden.

gedacht ist, wie zilk betonte, auch an die einfuehrung von abenddienste und an die schaffung einer buergerdienststelle, die speziell menschen mit gehoer- oder sprechstoerungen weiterhelfen soll.

beim buergerdienst gehe es nicht nur um ein anliegen der stadtverwaltung, erklarte zilk ausdruecklich: die entwicklung einer grossen gemeindeverwaltung wie der stadt wien - oder anderer grossorganisationen - mit kompliziertem und unuebersichtlichem verwaltungsapparat ziehe die isolation des buergers von diesen einrichtungen nach sich. es gebe in wien unendlich viele einrichtungen wie kindertelefon, sozialberatungsstellen oder die mobilen schwestern, die dem buerger bei der bewaeltigung seiner lebensprobleme helfen sollen, es sei jedoch schwierig geworden, sich in dieser vielfalt zurechtzufinden. dazu komme die vereinsamung, die nicht nur aeltere menschen, sondern zunehmend auch die mittelschicht und die jungen menschen betreffe.

zahlreiche aktivitaeten, die die zeitungen und der orf entwickelt haben - wie etwa die form des anwaeltlichen journalismus - kommen aus der notwendigkeit der entsprechenden hilfstellung fuer den menschen, erklarte zilk. auch der buergerdienst habe die aufgabe, den mitbuergern bei der bewaeltigung ihrer probleme - auch wenn es dabei nicht um einrichtungen der stadt wien geht - zu helfen. er bilde jedoch keine nebenfront gegen die zeitungen, sondern muesse mit den medien kooperation suchen. ebenso werde sich der buergerdienst um die zusammenarbeit mit allen oeffentlichen stellen wie auch mit grossorganisationen, etwa versicherungen bemuehen.

"die stadt wien hat schon frueher entsprechende ueberlegungen - unter dem begriff buergerservice, mit der stadtinformation, mit dem buero fuer sofortmassnahmen - angestellt", betonte zilk ausserdem. "was wir im buergerdienst tun, wird ein weiterer schritt zur verwirklichung des satzes von karl seitz sein, der buerger will nicht als akt, sondern ausschliesslich als mensch betrachtet werden".

(hs)

1327

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (1):

14 wien, 2.4. (rk) unter dem vorsitz von gr. m a y r h o f e r (spoe) trat anschliessend der gemeinderat zu einer sitzung zusammen, die mit einer fragestunde eingeleitet wurde.

#### fragestunde

1 . a n f r a g e von gr. h a h n (oepv), wieviele mietzinserhoehungen gemaess paragraph 7 mietengesetz beziehungsweise paragraph 2 zinsstopppgesetz in staedtischen haeusern seit dezember 1977 durchgefuehrt wurden. stadtrat h a t z l (spoe): 14 gemaess paragraph 7 mietengesetz und 24 gemaess paragraph 2 zinsstopppgesetz. die hoehe bezifferte hatzl auf eine diesbezugliche zusatzfrage mit 1,33 bis 16 schilling (paragraph 7 mietengesetz) beziehungsweise 2 bis 8 schilling (paragraph 2 zinsstopppgesetz). die frage, ob er bereit sei, dem gemeinderat einen bericht ueber die bei den schlichtungsstellen noch anhaengigen verfahren zu geben, bejahte hatzl.

2 . a n f r a g e von gr. ing. k r e i n e r (oepv), wieviele, im jahr 1978 fertiggestellte gemeindewohnungen bisher noch nicht vergeben wurden. stadtrat hatzl: 3.828 wohnungen wurden uebernommen, davon bis 31.12.78 1.744 in normalvergabe und 740 in vorvergabe uebergeben.

auf die z u s a t z f r a g e nach dem grund fuer die noch nicht vergebenen wohnungen erklarte hatzl, dass zahlreiche wohnungen erst knapp vor jahresende fertiggestellt wurden. in den ersten drei monaten 1979 hat sich die zahl der noch nicht vergebenen wohnungen bereits wesentlich verringert.

auf eine weitere z u s a t z f r a g e , ob die vergabe nicht schon bei baubeginn erfolgen koenne, erklarte hatzl, dass diese absicht bestehe.

3 . a n f r a g e von gr. u h l (oepv), welchen haushausfremde personenkreis schluessel fuer die haustore staedtischer wohnhaeuser besitze. stadtrat h a t z l : grundsuetzlich werden von der ma 52

keine schlüssel an hausfremde personen vergeben. lediglich in haeusern mit gegensprechanlage ist dies fuer kontrahenten und stadtwwerke inkassanten moeglich.

angeblich haette ein baekcer in der grossfeldsiedlung einen schlüssel bekommen, wenn er gleichzeitig auch die 'az' ausgetragen haette, erklarte uhl in einer zusatzfrage. welche stellung beziehe stadtrat hatzl dazu? hatzl stellte fest, dass der betreffende keinen schlüssel bekommen hat, und ihn auch unabhaengig davon, was er tut, nicht bekommen haette.

auf eine zweite z u s a t z f r a g e , was er dazu sage, dass im vorwaerts-verlag schlüssel an 'az'- zusteller ausgegeben werden, wiederholte hatzl, dass die ma 52 keine schlüssel ausgabe.

4 . a n f r a g e von gr. s e v c i k (spoe), wieviele bauten und wohnungen in den letzten zehn jahren im 3. bezirk durch die wohnbaufoerderung 1968 gefoerdert wurden. stadtrat h a t z l : an die 60 bauten mit 1.915 wohnungen.

auf die z u s a t z f r a g e , wie sich diese bauten verteilen, antwortete hatzl: rund 300 gemeindewohnungen, 1.336 eigentumswohnungen und 272 in anderer form gefoerderte wohnungen. die summe bezifferte hatzl auf eine diesbeuegliche zusatzfrage mit 600 millionen. (ger) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (2):

fragestunde (forts.)

16 wien, 2.4. (rk) die 5. anfrage von gr. gawlik (spoe) wie sich die wohnungsverbesserungsantraege im jahre 1979 entwickeln, beantwortete str. hatz l: von anfang jaenner bis zum 28. maerz wurden 2.961 antraege eingebracht. das sind um 1.054 antraege bzw. um 55 prozent mehr als im vergleichszeitraum des vorjahres.

zusatzfrage: wieviele zusicherungen wurden 1979 bereits zugestellt? antwort: rund 2.500. 2. zusatzfrage: auf welche kategorien verteilen sich die wohnungsverbesserungen? hatz l: auf 63 prozent heizungen, 41 prozent baeder, 28 prozent wasserleitungen, 24 prozent schall- und waermeschutz, 20 prozent wc.

die 6. anfrage von gr. schultz, (spoe), wieviele wohnungen der stadt wien derzeit in bau sind, beantwortete str. hatz l: derzeit sind an 65 baustellen 5.721 wohnungen in bau.

zusatzfrage: wieviele wohnungen entfallen dabei auf die stadterneuerung? hatz l: man kann mehr als zwei drittel dieser wohnungen dem bereich der stadterneuerung zuzaehlen.

2. zusatzfrage: wie wird im sinne des energiesparens auf waermeschutz ruecksicht genommen? hatz l: schon seit einigen jahren wird von der ma 24 auf erhoekten waermeschutz bedacht genommen. im rahmen der wirtschaftlichen moeglichkeiten wird ein waermeschutz erreicht, der um 30 prozent hoeher ist, als die in der bauordnung vorgeschriebenen werte. man ist dabei, eine einfach zu handhabende formel fuer die anwendung von waermeschutz zu entwickeln.

die 7. anfrage von str. neusser (oevp): stimmt es, dass die strassenbahngleise der floridsdorfer bruecke von ein-  
satzfahrzeugen nicht befahren werden koennen, weil der dafuer notwendige belag bei der brueckenstatistik nicht beruecksichtigt ist?

str. n i t t e l : es stimmt, dass die befahrung der gleise durch einsatzfahrzeuge nicht vorgesehen ist. die bruecke ist so konzipiert, dass strassenbahn und autoverkehr vollstaendig getrennt sind. dadurch wurden wesentliche verbesserungen erreicht - sowohl kuerzere fahrzeit fuer die strassenbahn als auch rascherer verkehr der autos. gegen einen belag auf den strassenbahngleisen gibt es statische und verkehrssicherheitstechnische gruende.

fuer den individualverkehr stehen genuegend fahrstreifen zur verfuegung, weitere werden durch die brigittenauer bruecke dazukommen. das gilt auch fuer einsatzfahrzeuge. einsatzfahrzeuge koennten den geh- und radweg der floridsdorfer bruecke benuetzen, das waere aber nur in einem katastrophenfall zweckmaessig.

z u s a t z f r a g e : ist es im hinblick auf den baederverkehr und zuwenig spitalsbetten im 21. bezirk kein planungsfehler, wenn die gleise nicht befahrbar sind? a n t w o r t : nein, die versorgungssituation hat sich durch den neubau der floridsdorfer bruecke wesentlich verbessert. es gibt viel bessere bedingungen fuer einsatzfahrzeuge als auf der alten bruecke, wo sich strassenbahn und autos gegenseitig behinderten.

2. z u s a t z f r a g e : es waere doch unbestritten ein vorteil, koennten einsatzfahrzeuge die gleise benuetzen, sollte man das bei kuenftigen brueckenbauten nicht beruecksichtigen? n i t t e l es ist durchaus moeglich ueber zusaetzliche spuren fuer einsatzfahrzeuge zu **diskutieren**, kosten und nutzen abzuwaegen.

die 8. a n f r a g e von gr. dipl. ing. dr.

p a w k o w i c z (fpoe) ob der ausbau der nordbergstrasse zu einer durchzugsstrasse beim neuen zentrum franz josefs-bahnhof sinnvoll ist, beantwortete str. n i t t e l : das projekt der ueberbauung des bahnhofs, das einvernehmlich von oebb mit der stadt wien erfolgt, bringt eine zusammenfuehrung bisher getrennter bezirksteile. in dem bauwerk werden hochschul institute, geschaeft und bueros, ein bezirkszentrum und infrastrukturellen einrichtungen untergebracht sein. die neue verkehrskonzeption ueber althanstrasse, augasse und nordbergstrasse zum **Liechtenwerderplatz** wird fuer grosse bereiche des 9. bezirks eine wesentliche verbesserung bringen. der betreffende flaechenwidmungs- und bebauungsplan wurde im juni 1979 vom zustaendigen gemeinderatsausschuss und anschliessend vom gemeinderat einstimmig beschlossen. die bezirksvertretung und die bezirks-verkehrskommission hat dem verkehrsprojekt einstimmig zugestimmt.

z u s a t z f r a g e : welches verkehrsaufkommen liegt dem verkehrsprojekt zugrunde? a n t w o r t : die zahlen habe ich nicht griffbereit. doch wird in der oeffentlichkeit der fehler gemacht, dass man glaubt, die nordbergstrasse wuerde eine art schnellstrasse werden. das ist jedoch nicht der fall, ueberdies sind entsprechende laermschutzmassnahmen vorgesehen.

2. z u s a t z f r a g e : waere es nicht sinnvoll, durch information spaetere buergerinitiativen von vornherein auszuschliessen? n i t t e l : grundsuetzlich sollen die menschen schon im planungsstadium informiert werden. das ist ja auch kein geheimprojekt gewesen. es lag den zustaendigen gremien des bezirktes mehrfach vor und war damit der oeffentlichkeit zugeaenglich. ich bedaue die jetzigen einwaende der bewohner und werde versuchen sie in persoenlichen gespraechen zu informieren, dass keine verschlechterung fuer sie eintritt.

die 9. a n f r a g e : von gr. dipl.-ing. dr. p a w k o w i c z (fpoe), wann mit der rueckzahlung der von den stadtwerken fuer das 2. kernkraftwerk in stein-st. pantaleon fuer uran einbezahlten betraege zu rechnen ist, beantwortete str. n i t t e l : eine generalversammlung der gesellschaftler hat die liquidation beschlossen und den vorstand zu liquidatoren bestimmt - natur-uran und angereichertes uran muessen nun verkauft werden, der anreicherungsvertrag mit sowjetischen partner geloest werden. es ist zu erwarten, dass die diesbeueglichen verhandlungen noch heuer zu ende gehen. ob geld zurueckkommt, wird erst eine gegenueberstellung der aktiva und passiva ergeben.

z u s a t z f r a g e : mit wem wird ueber den uranverkauf verhandelt? n i t t e l : das kann jetzt nicht beantwortet werden, bzw. waere es fraglich, ob das zweckmaessig waere. die liquidatoren haben den auftrag, das beste herauszuholen.

die 10. a n f r a g e von gr. k n e i d i n g e r (spoe), wann die verhandlungen betreffnd abloese des betriebsgleises der firma moegle am handelskal abgeschlossen werden, beantwortete str. n i t t e l : diese sache wird von der bundesstrassenverwaltung seit 1971 betrieben. der gleisanschluss war der firma seinerzeit gegen jederzeitigen widerruf zur verfuegung gestellt worden. eine entschaedigung scheint nicht gerechtfertigt. da es zu keiner einigung kam, wurde 1978 das enteignungsverfahren einge-

leitet. ein erforderliches sachverstaendigengutachten ist seit wenigen tagen fertig, so dass in kuerze eine entscheidung zu erwarten ist.

z u s a t z f r a g e : bis wann wird also die frage geklaert sein? a n t w o r t : da ich keinen einfluss auf das enteignungsverfahren habe, kann ich das nicht sagen. es ist nur verwunderlich, dass bisher kein gericht eine vorlaeufige benuetzungsberechtigung fuer die strasse erteilt hat, weil hier deutlich das einzelinteresse im widerspruch zum interesse der allgemeinheit steht.

die 11. a n f r a g e von gr. p o e d e r (spoe), wann mit dem bau der rossauer bruecke ueber den donaukanal begonnen wird, beantwortete str. n i t t e l: das detailprojekt ist fertig. die zustimmung des ministeriums vorausgesetzt, kann im herbst 1979 begonnen werden. die bauzeit wird unter zwei jahren liegen.

die 12. a n f r a g e von gr. l u d w i g (spoe), wie ist die behauptung der oevp-wahlpublikation "kontrast" zu beurteilen, dass die wiener waehlerevidenz in einem miserablen zustand ist? stadtrat n e k u l a : im jaenner 1979 hat gr. fuerst der ma 62 36.500 postretouren der katastrophenhilfe oesterreichischer frauen zurueckgeleitet und daran die behauptung ueber den schlechten zustand der waehlerevidenz geknuepft. tatsaechlich erfolgten im jahre 1978 in der wiener waehlerevidenz 322.568 veraenderungen. sie gliederten sich auf :

12.498 zuzuege aus den bundeslaendern nach wien

1.296 zuzuege aus dem ausland nach wien

82.319 uebersiedlungen innerhalb wiens

874 abwanderungen ins ausland

12.003 uebersiedlungen in die bundeslaender

66.901 neuzugaenge

23.914 sterbefaelle

die oesterreichische volkspartei hat im juni 1978 ein verzeichnis mit stand mai 1978 erhalten. die aussendung der katastrophenhilfe oesterreichischer frauen erfolgte jedoch erst im november. allein im november mussten jedoch 49.513 veraenderungen in der waehlerevidenz behandelt werden. die fehlerquote in der evidenz liegt bei etwa 3,5 prozent, die jedoch nur sehr schwer zu beeinflussen ist.

z u s a t z f r a g e : muessten diese zahlen nicht auch den gemeinderaeten bekannt sein? a n t w o r t : das sind keine geheimzahlen, jeder gemeinderat hat die moeglichkeit sie zu erfahren. der oevp ist es aber um ein spektakel gegangen, nicht um information.

2 . z u s a t z f r a g e : es wurde auch behauptet, dass in wien 80.000 wiener nicht in der evidenz sind, was ist davon zu halten? n e k u l a : diese behauptung ist voellig aus der luft gegriffen. das ist aus den vergleichszahlen im einspruchsverfahren ersichtlich. bei den gemeinderatswahlen 1973 gab es 13.632 reklamationen, bei den nationalratswahlen 1975 8.556 und bei den gemeinderatswahlen 1978 insgesamt 9.986 einsprueche. (smo) (forts.)

1536

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (3):

fragestunde (schluss)

17 wien, 4.2. (rk) stadtrat univ.-prof. dr. s t a c h e r (spoe) erklarte zur 13. a n f r a g e von stadtrat dr. g o l l e r (oevp), warum fuer die einfuehrung der kostenstellenrechnung in den wiener spitaelern zu schulungszwecken nicht die arge-kostenrechnung herangezogen wurde, dass vor betraung der arge-kostenrechnung durch das bundesministerium fuer gesundheit und umweltschutz in wien bereits ein eigener lehrplan fuer einen kostenstellenrechnungskurs ausgearbeitet wurde. bereits im oktober 1976 begann man mit fuenf kursen, in denen 111 mitarbeiter geschult wurden. auf die z u s a t z f r a g e , warum man das ministerium nicht aufmerksam gemacht habe, dass es in wien bereits schulungen gebe, antwortete stacher, das ministerium habe davon gewusst, musste jedoch dafuer sorgen, dass auch in anderen bundeslaendern schulungen vorgenommen werden. auf eine 2. z u s a t z f r a g e , ob es stimme, dass fuer die schulungen in wien eine eigene beratungsfirma herangezogen wurde, erklarte stacher, dass die schulungen von der verwaltungsakademie der stadt wien durchgefuehrt wurden.

stadtrat s c h i e d e r (spoe) erklarte zur 14. a n f r a g e von gr. dkfm. b a u e r (fpoe), ob die entlueftungsanlage der im bau befindlichen grossgarage auf dem franz josefsbahnhof ausreichend sei, dass die ma 22 - umweltschutz - nicht zu staendig sei. die entscheidung liegt beim magistratischen bezirksamt und bei der baubehoerde. derzeit ist noch ein gutachten ueber den garagenfahrzyklus ausstaendig. von diesen gutachten wird es abhaengen, welche entlueftung gewaehlt werden muss.

auf die z u s a t z f r a g e , ob mit einer mechanischen filterung gerechnet werden kann, antwortete schieder, dass dies erst nach vorliegen des gutachtens beantwortet werden kann. /.

vizebuergemeisterin gertrude froehlich-sandner (spoe) erklarte zur 15. anfrage des gemeinderates hankel (spoe), wie die stadt wien das "weltjahr des kindes" wahrnimmt, dass neben den vielen vorbildlichen und jaehrlich wiederkehrenden aktionen der stadt eine reihe anderer aktionen geplant ist. unter anderem sind veranstaltungen ueber die dritte welt im kinderbuch, ueber kinderfotografie, ueber kinderbuecher aus aller welt und eine umfangreiche spielzeugausstellung vorgesehen. ebenfalls sind diskussionen mit den eltern ueber die rolle des buches, symposien ueber die foerderung der behinderten kinder und ueber die bedeutung von kindergaerten in vorbereitung. weiters wird es eine reihe von gastspielen von kindertheatern geben.

auf die zusatzfrage, ob zusaetzliche freizeitangebote an sonntagen angeboten werden, erklarte sandner, dass im herbst 1979 eine aktion "erlebnisreicher sonntag" mit vielen moeglichkeiten fuer eltern und kinder begonnen werden soll.

buergemeister gratz (spoe) erklarte zur 16. anfrage von stadtrat dr. goller (oevp), welche teilberichte des rechnungshofes bereits mit dem ersuchen um eine allfaellige gegenaeusserung uebermittelt wurden, dass derzeit nur ein einschaubericht ueber das theater an der wien vorliege. vorentwurfe gebe es zu folgenden themen: magistratische bezirksaemter, u-bahn-bau, bibliotheken, wohnbaufoerderung, historisches museum, radstadion, weststadion und repraesentationsausgaben des buergemeisters.

auf die zusatzfrage, warum der einschaubericht ueber das theater an der wien nicht sofort den mitgliedern des stadt-senats uebermittelt wurde - entsprechend einer zusage aus dem jahre 1974 - antwortete gratz, dass er dies veranlassen werde. (sei)

(forts)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (4):

tagesordnung

18 wien, 2.4. (rk) es lagen vier a n f r a g e n von der oevp und eine von der fpoe vor. die oevp hat eine d r i n g l i c h e a n f r a g e betreffend gesamtpruefung der akpe eingebracht. die behandlung dieser anfrage erfolgt vor schluss der gemeinderats-sitzung.

an a n t r a g e n lagen vor: von der s p o e ueber die herstellung eines kinderspielplatzes in der grinzinger strasse, von der o e v p , betreffend die ueberpruefung der vergabe von gemeindewohnungen durch das kontrollamt, betreffend untersuchung ueber die verschuldensgrenze der stadt wien, betreffend vollstreckung von vorauszahlungsbescheiden bei ersatzvornahmen, betreffend massnahmen zur loesung der raumnot an den universitaeten, betreffend die verstaerkte zusammenarbeit mit den universitaeten, betreffend erstellung eines studentenwohnkonzeptes, betreffend vorlage eines unternehmenskonzeptes fuer die fertigteilbau sowie betreffend die verkehrsloesung im bereich franz josefs-bahnhof. die antraege der f p o e betreffen die streichung einer bestimmung der geschaeftsordnung fuer die bezirksvertretungen und die ueberpruefung der verwendung von wohnbaufoerderungsmitteln bei wohnbauten der gesiba.

## bericht ueber buergerdienst

zu einer mitteilung ueber die aktivitaeten des buergerdienstes hatte sich amtsf. stadtrat prof. dr. z i l k (spoe) zu wort gemeldet. (siehe auch rk-bericht ueber pressegesprach zilk.)

die wichtigsten aufgaben des buergerdienstes sind:

- o die orientierungshilfe ueber vorhandene einrichtungen.
- o wuensche und anregungen in vermehrtem ausmass sowohl schriftlich als auch muendlich entgegenzunehmen und, soweit dies moeglich ist, in unbuerokratischer weise zu erfuellen.
- o hilfstellung fuer aeltere menschen und hilflose auch im per-soenlichen bereich.

die stadt wien stellt bereits heute fuer den einzelnen menschen eine ganze palette von dienstleistungen zur verfuegung, die jedoch fuer den einzelnen nicht immer ueberschaubar ist. der buergerdienst soll dazu beitragen, dass sich die menschen in diesem netz von hilfsbereitschaft zurechtfinden und zum richtigen zeitpunkt den richtigen gespraechspartner haben. die verwirklichung der aktivitaeten des buergerdienstes geht einen schritt weiter auf dem weg, den menschen nicht als akt, sondern als individuum zu behandeln.

der antrag ueber die debatte des zwischenberichts am ende der sitzung wurde einstimmig angenommen. (ba) (forts)

1608

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (5):

zielplan fuer psychiatrische versorgung

19 wien, 2.4. (rk) stadtrat univ.-prof. dr. s t a c h e r (spoe) legte den zielplan fuer die psychiatrische und psychosoziale versorgung in wien vor. stacher gab einen umfassenden ueberblick ueber inhalt und entwicklung des zielplanes (siehe "rathaus-korrespondenz" vom 28. maerz 1979). er wies darauf hin, dass in der oeffentlichkeit zum teil voellig falsche vorstellungen ueber psychisch kranke bestehen. zu den wesentlichsten grundsuetzen des zielplanes gehoeren die gleichsetzung psychisch und koerperlich kranker, die gewaehrleistung differenzierter therapeutischer einrichtungen, die abkehr vom prinzip der grossen psychiatrischen krankenanstalten, die schaffung kleinerer abteilungen und der grosszuegige ausbau der nichtstationaeren einrichtungen. der zielplan zeigt den weg fuer eine umfassende veraenderung der psychiatrischen und psychosozialen versorgung.

die forderung nach einer grundlegenden reform der psychiatrie wird mit diesem zielplan voll anerkannt, erklaeerte gr. dr. h i r n s c h a l l (fpoe). das konzept beschaeftigt sich ausfuehrlich mit der gegenwaertigen situation, die nicht beschoenigt wird, zum derzeitigen tiefstand konnte es nur kommen, weil sich die zustaendigen jahrzehntelang nicht darum gekuemmert haben. der anstoss zur reform kam nicht von innen, sondern durch die immer staerker werdende kritik der oeffentlichkeit. es sei anzuerkennen, dass stadtrat stacher keine halben massnahmen, sondern eine grundlegende reform anstrebe. hirnschall unterstrich die abkehr vom prinzip der grosskrankenanstalten und die entflechtung der verschiedenen patientengruppen. der zielplan soll zu einer verringerung der zahl der stationaeren faelle fuehren. grosse bedeutung kommt den niedergelassenen fachaerzten und den praktischen aerzten zu. von einer aertzteschwemme koenne in diesem zusammenhang keine rede sein. in ganz wien gebe es derzeit nur 35 fachaerzte fuer neurologie und psychiatrie. fuer alkoholkranke soll eine eigene form der betreuung

gefunden werden. pflegeeinrichtungen muessen geschaffen werden. wir unterstuetzen die massnahmen des zielplanes, erklarte dr. hirnshall, was fehlt, sind angaben ueber zeitablauf und kosten.  
(ger) (forts.)

1612

wiener gemeinderat (6):

## zielplan fuer die psychiatrische versorgung

20 wien, 2.4. (rk) der zielplan geht haarscharf am ziel vorbei, da er nicht rechtzeitig den betroffenen, wie zum beispiel den aerzten, vorgelegt wurde, erklarte stadtrat dr. gertrude k u b i e n a (oevp). mit manchen teilen ist die oevp einverstanden, vieles gehoere jedoch geaendert.

die versorgung der patienten jenseits der donau bleibt weiterhin ungeloesst. die wohnortnahe betreuung gilt nicht fuer langzeitfaelle, und gerade fuer die waere sie notwendig. den problemen der kinder und jugendlichen wird zu wenig aufmerksamkeit geschenkt, der drogenfrage werden nur ein paar zeilen gewidmet. ebenso stiefmuetterlich behandelt werden die niedergelassenen aerzte. die mitarbeit der praktischen aerzte, wie sie zum beispiel in england praktiziert wird, waere wuensenswert.

schaerfstens zu kritisieren ist, dass der zielplan keine ausagen ueber finanzierung und zeitliche etappen der verwirklichung macht.

gr. franziska f a s t (spoe) betonte, dass im zielplan die gegenwaertige situation offen dargelegt wird. man kann nicht von einem tiefstand in der psychiatrie sprechen, wenn zwischen den jahren 1975 und 1977 die zahl der aerzte um 20 prozent zugenommen hat und es statt drei sechs psychologen gibt. auf dem gesundheitswesen muessen seit 1973 jahrzehntelange versaemnisse der oevp nachgeholt werden. auch in den derzeitigen oevp-programmen zur kommunalpolitik ist keine feststellung zur situation der psychisch kranken enthalten.

gr. dkfm. signun s c h l i c k (oevp) erklarte, dass der zielplan bestenfalls ein beruhigungspapier ist und nicht mehr: die wesentlichste aussage "wer, was, wann, mit welchen kosten tun wird" fehlt. die komplexitaet des problems darf keine ausrede fuer das fehlen von zeit- und finanzierungsplaenen sein. (sei) (forts)

1615

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (7):

zielplan fuer die psychiatrische versorgung (schluss)

21 wien, 2.4. (rk) wenn man heute behauptet, der zielplan komme zu spaet, so muesse daran erinnert werden, dass fuenf jahre zuvor ueberhaupt keine ansaetze fuer derartige untersuchungen vorhanden gewesen seien, obwohl sein amtsvorgaenger 15 jahre lang dazu zeit gehabt haette, stellte stadtrat s t a c h e r (spoe) in seinem schlusswort fest. in dem zielplan wird nichts beschoenigt, denn die misstaende, die vorherrschen, werden laufend verbessert. den von der oevp zitierten tiefstand in der psychiatrie habe es vor fuenf jahren gegeben, als hunderte patienten auf matrattenlagern untergebracht waren. ein gueltiger zielplan konnte erst dann aufgestellt werden, als man den organisatorischen ablauf in den neuen psychiatrischen heimen kannte, als man wusste, wie uebergangsheime funktionieren, als man die meinung der fachleute kannte und schliesslich auch ueber die folgeeinrichtungen bescheid wusste. vor erstellung des zielplanes ist mit allen betroffenen gruppen kontakt aufgenommen worden. den zielplan mit einem nasa-projekt zu vergleichen, sei unangebracht, da es dort um technik, in der psychiatrie aber um menschen gehe. die psychiatrie und die psychosoziale versorgung seien ein weltweites problem. wien habe hier als eine der ersten staedte moegliche wege zur bekaempfung und eindaemmung dieses problems aufgezeigt.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen.

## subventionen

eine subvention in der hoehe von 500.000 s fuer die "forschungsgemeinschaft wilhelminenberg" zur durchfuehrung einer ausstellung beantragte gr. g a w l i k (spoe).

gr. prof. b i t t n e r (oevp) beantragte eine andere bedeckung des foerderungsbetrages. in seinem schlusswort wies gr. g a w l i k darauf hin, dass auf grund des gesetzes die moeglichkeit der subventionierung aus dem kulturschillingbudget bestehe.

a b s t i m m u n g : der abaenderungsantrag wurde abgelehnt, der antrag mit stimmenmehrheit a n g e n o m m e n . (ba) forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (8):

fatty's saloon

22 wien, 2.4. (rk) gr. h o l u b a r z (spoe) stellte den antrag, dem verein fuer rhythmische musik fuer die adaptierung von 'fattys saloon' am petersplatz einen einmaligen bau- und ausstattungsbeitrag bis zu einer hoehe von zwei millionen s zur verfuegung zu stellen. gr. dipl. ing. dr. p a w k o w i c z (fpoe) begruesste die foerderung der wiener jazz-szene. zu den gruendungsmitgliedern des vereins gehoert auch dr. zilke. der subventionsakt wurde mit der laenge des aktenlaufs immer duenner. wem der 'saloon' gehoert, geht aus dem akt nicht hervor. die generalversammlung des vereins ist ueberfaellig. die vertragliche vereinbarung gewisser sicherstellungen waere sinnvoll.

gr. prof. b i t t n e r (oevp) wandte sich gegen die bedeckung der subvention aus dem kulturschilling. stadtrat dr. z i l k e (spoe) stellte klar, dass die generalversammlung des vereins inzwischen stattgefunden hat und dass er nicht mehr vereinsobmann ist. zu der langen dauer der ganzen angelegenheit kam es eben aus dem bestreben, dass alles in ordnung ablaeuft.

a b s t i m m u n g : der abaenderungsantrag der oevp wurde mit den stimmen der spoe und fpoe abgelehnt, der antrag des berichtstatters mit den stimmen von spoe und fpoe angenommen. (ger) (forts) 1621

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (9):

schutzzonen ober- und unterlaa

24 wien, 2.4. (rk) gr. m i c h a l i c a (spoe) referierte die antraege, durch die oberlaa und unterlaa zu schutzzonen erklart werden. er wies darauf hin, dass die beiden siedlungskerne bis ins 12. jahrhundert zurueckreichen und um die oberlaaer kirche noch geschlossene ensembles vorhanden sind.

gr. a r t h o l d (oevp) beanspruchte es als erfolg der oevp, wenn diese schutzzonen ohne widerstand der bevoelkerung beschlossen werden koennen. die oevp hat im jaenner in einer informationsveranstaltung die hausbesitzer ueber vor- und nachteile der schutzzone informiert. mit der erklaerung zu schutzzonen sei aber nur ein schritt gemacht, weitere muessten folgen, wenn es nicht zu nachteilen fuer die bewohner kommen soll. in oberlaa muesste ein weiterer teil in die schutzzone einbezogen werden, und ueberhaupt duerften nicht nur die fassaden der haeuser unter schutz stehen, sondern auch der strassenbereich als wesentliche praegung des ortsbildes. ebenso wie die ansicht des ortes vom liesingbach aus. wesentlich waere die unterbindung des durchzugsverkehrs. so muessten die fahrzeuge der strassenreinigung, die durch oberlaa zur muelldeponie nach schwechat fahren, auf eine andere route geschickt werden. vor der arbeiten an den haeusern muesste es zur instandsetzung der klederinger strasse samt gehsteigen kommen. das ortsbild soll kein museum darstellen, sondern auf echte revitalisierung ist wert zu legen. dazu gehoert die trockenlegung der haeuser. arthold brachte einen b e s c h l u s s a n t r a g ein, dass trockenlegung in die foerderung des wohnungsverbesserungsgesetzes einbezogen wird. soll der lebendige dorfcharakter erhalten bleiben, muessten die landwirtschaftlich genutzten flaechen gesichert werden. schliesslich muesste auf die soziale struktur der bevoelkerung bedacht genommen werden: 18 der 95 besitzer sind baeuerliche zuschussrentner, die sich mit ihrem einkommen keine instandsetzungen leisten koennen.

./.

gr. s t r a n g l (spoe) wies darauf hin, dass nicht erst die oevp die bewohner informieren musste. seitens der favoritner bezirksvertretung und des bezirksmuseums wird seit mehr als zehn jahren auf die schutzwuerdigkeit des ortsbildes und auf die moeglichkeiten der fassadenaktion hingewiesen. die fragen der altstadterhaltung stehen aber sehr oft den interessen der besitzer entgegen. bei jeder bauverhandlung ergeben sich diesbezugliche probleme. fuer eine vergroesserung der schutzzone sind im uebrigen die vorarbeiten bereits geleistet, doch muss so etwas genau ueberlegt werden.

im s c h l u s s w o r t wies der berichterstatter daraufhin, dass im zuge eines neuen flaechenwidmungs- und bebauungsplans der umfang der schutzonen noch genau ueberlegt werden wird.

a b s t i m m u n g : die antraege wurden einstimmig angenommen, der oevp-resolutionsantrag wurde einstimmig dem gemeinderatsausschuss fuer wohnen und stadterneuerung zugewiesen. (smo)

#### grundwasserwerk nussdorf

die erhoehung eines sachkredites fuer den umbau und die sanierung des grundwasserwerkes nussdorf von 6 auf 11,5 millionen beantragte gr. b r o s c h (spoe). gr. dipl.-ing. ddr. s t r u n z (oevp) kritisierte die schleppende behandlung des projektes. bereits 1978 wusste man, dass fuer die aufbereitung des schmutzigen uferfiltrates ein fuefstufiger vorgang notwendig sei. die damaligen vorschlaege der oevp fuer die sanierung des grundwasserwerkes wurden nicht beruecksichtigt.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen. (sei) (forts.)

2. april

''rathaus-korrespondenz''

blatt 805

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (10):

staedttische wohnhaeuser

26 wien, 2.4. (rk) die errichtung von drei neuen staedttischen wohnhaeusern mit insgesamt 50 wohnungen beantragte gr. r a u t n e r (spoe).

die drei haeuser sind eine fortsetzung des kommunalen wohnbau-programms, gleichzeitig ein beitrag zur stadterneuerung, stellte stadtrat h a t z l (spoe) fest. in den letzten jahren konnten fuer 90.000 wiener familien bessere wohnverhaeltnisse geschaffen werden. jeder wiener kann sich heute eine zeitgemaess ausgestattete wohnung aufgrund der verschiedenen foederungsaktionen der stadt wien leisten. die anforderungen der menschen an ihre wohnungen und die wohnumwelt haben sich geaendert, die wohnungen sind groesser geworden, besser ausgestattet, auf fragen des umweltschutz wird besonderer wert gelegt. der bau von gemeindewohnungen wird durch die sozialistische stadtverwaltung auch weiterhin besonders unterstuetzt.

im kommenden jahr werden rund 17.000 wohnungen finanziert, wobei 8.000 wohnungen neu errichtet und 9.000 altwohnungen modernisiert werden. in den naechsten fuenf jahren werden 75.000 moderne wohnungen geschaffen. als eine wesentliche aufgabe sieht hatzl darin, den mietern mehr mitsprache einzuräumen und darauf zu achten, dass oeffentlich gefoerderte wohnflaechen nicht fuer buerozwecke verwendet werden.

unter dem begriff stadterneuerung wird eine summe von verschiedenenartigen massnahmen zu setzen sein: beispielsweise die verbesserung der einzelnen wohnungen, die sanierung erhaltungswuerdiger haeuser, die verbesserung der infrastruktur der wohnumwelt, die begruenung der wohnumgebung, die erschliessung durch oeffentliche verkehrsmittel aber auch der abbruch und der neubau von wohnhaeusern.

ziel und aufgabe der wohnungspolitik wird es sein, pulsierendes leben in der stadt zu erhalten, die wohnqualitaet weiterhin anzuheben der bauwirtschaft entsprechende impulse zu geben und durch eine gezielte wohnbaupolitik die vollbeschaeftigung zu sichern.

als "ladenhueter" bezeichnete gr. h a h n (oevp) die von stadtrat hatzl aufgezaehlten fakten zum wohnungswesen der stadt wien. anhand von statistischen unterlagen sei nachweisbar, dass die wohnbauquote in wien am gesamtanteil der oesterreichischen wohnbautaetigkeit staendig sinke. 1970 betrug der anteil wiens 29,4 prozent, 1974 17,2 prozent, 1977 nurmehr 15,3 prozent. nach dem spoeversprechen, jaehrlich 5.000 wohnungen mehr zu bauen, ergibt dies eine differenz von 200.000 wohnungen. als ebenso leere versprechungen vermutet hahn die angekuendigten startwohnungen fuer junge menschen. die oevp halte eine wohnstarthilfe in form eines darlehens von 100.000 s fuer wesentlich effizienter.

die statistischen unterlagen ueber die wohnbautaetigkeit seien zwar richtig, muessen aber auch in relation zur wohngroesse gesehen werden, stellte gr. r a u t n e r (spoe) in seinem schlusswort fest. reduziert man die heutigen wohnungsgroessen auf den standard von 1970, so wuerde man eine wesentlich groessere zahl von wohnungen erhalten. ausserdem duerfe man nicht nur die Neubauten erwaehren, sondern muesse auch die 125.000 wohnungen in betracht ziehen, die in den letzten jahren verbessert und auf ein modernes wohnniveau gebracht wurden.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen (ba) (forts)  
1830

2. april

''rathaus-korrespondenz''

blatt 807

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (11):

praterbruecke

27 wien, 2.4. (rk) gr. l u d w i g (spoe) beantragte die genehmigung der brueckenpfeilerummantelung im bereich des entlastungsgerinnes-praterbruecke mit einem gesamterfordernis von 57,5 millionen schilling.

gr. dipl.-ing. ddr. s t r u n z (oevp): das landschaftsschutzgebiet prater werde durch die abwaesser der praterbruecke stark verunreinigt. diese abwaesser enthalten, bedingt durch den starken fahrzeugverkehr, eine hohe konzentration an schadstoffen. strunz stellte den a n t r a g , umgehend massnahmen zu treffen, um die brueckenabwaesser der stelzenautobahn im prater nicht in den untergrund versickern zu lassen. ein zweiter a n t r a g betraf die sofortige untersuchung der wiener brueckenbauwerke auf korrosions-schaeden durch die einwirkung von tausalzen. die auffassung, dass der hochwertige beton der brueckenbauwerke ohne abdichtung der tau-salzkorrosion widerstehen koenne, habe sich als fehleinschaetzung erwiesen, fuehrte strunz aus.

a b s t i m m u n g : der antrag des berichterstatters wurde einstimmig angenommen, die beiden beschlussantraege wurden zugewiesen.

sportfoerderung

gr. n u s s b a u m (spoe) beantragte die gewaehrung einer subvention von 43,1 millionen aus den sportfoerderungsmitteln 1979 an die wiener stadthalle-kiba als entschaedigung fuer die bereitstellung von trainingsanlagen.

gr. dkfm. b a u e r (fpoe) kritisierte, dass die abrechnung zu wenig detailliert und zu wenig transparent sei. 43 millionen von insgesamt 55 millionen, die fuer die sportfoerderung zur verfuegung stehen, fliessen der stadthalle zu.

./

stadtrat s c h i e d e r (spoe) betonte, dass diese angelegenheit im zustandigen gemeinderatsausschuss behandelt wurde, ohne dass gr. dkfm. bauer dazu fragen geaeussert habe. es handelt sich um keine versteckte subvention, sondern um die miete fuer sportflaechen, die von der stadthalle verwaltet und von verschiedenen verbaenden und vereinen benuetzt werden. abgerechnet wird aufgrund der tatsaechlichen nutzung. mit den verbaenden des landessportrates wurden alle details durchbesprochen, ihre wuensche wurden beruecksichtigt. grundsaeztlich stellte schieder fest, dass eine einrichtung wie die stadthalle, die dem sport, der kultur und der freizeit in dieser stadt dient, nicht allein nach gewinn und verlust beurteilt werden darf.

a b s t i m m u n g : angenommen mit den stimmen von spoe und oevp. (ger) (forts.)

1833

wiener gemeinderat (12):

subventionen

28 wien, 2.4. (rk) gr. dkfm. dr. a i g n e r (spoe) beantragte einen foerderungsbeitrag bis zu 700.000 s fuer das oesterreichische gesellschafts- und wirtschaftsmuseum zur durchfuehrung der ausstellung "alltag in wien seit 1848". gr. h o l u b a r z (spoe) beantragte einen foerderungszuschuss von 1,2 millionen fuer die durchfuehrung des 8. internationalen jugendmusik-festivals. gr. L a n d s m a n n (spoe) beantragte einen foerderungszuschuss von 200.000 s fuer die vereinigung bildender kuenstler, secession, fuer vier ausstellungen. die oevp-sprecher, gr. p r o c h a c h s k a und gr. prof. b i t t n e r , hatten gegen die foerderungszuschuesse keinen einwand, verlangten jedoch in a b a e n d e r u n g s a n t r a e g e n die bedeckung aus dem kulturbudget und nicht aus dem "kulturschilling".

die abaenderungsantraege blieben mit der stimmen der oevp und fpoe in der minderheit.

die s u b v e n t i o n s a n t r a e g e wurden mit den spoe-stimmen a n g e n o m m e n .

gr. L a n d s m a n n (spoe) beantragte fuer den kunstverein wien eine jahressubvention von 2.480.000 s. gr. p r o c h a s k a (oevp) wies darauf hin, dass sich in der vom kunstverein verwalteten "alten schmiede" ein verein "aktiver oesterreicher" etabliert habe, der wahlpropaganda fuer die wiederwahl kreiskys betreibt. ueberdies scheint die "alte schmiede" im impressum der wahlkampfzeitung "heute" auf. das sei eine seltsame Mischung von oeffentlichen einrichtungen und spoe-propaganda und koenne aus oeffentlichen mitteln nicht subventioniert werden. staotrat dr. z i l k (spoe) entgegnete, dass der vorwaerts-verlag der "alten schmiede" fuer die von "heute" benuetzten raum und telefon eine monatliche verguetung bezahle. die raeumlichkeiten der "alten schmiede" koennten auch von anderen in der gleichen weise benuetzt werden.

a b s t i m m u n g : von spoe angenommen. (smo) (forts.)

1841

wiener gemeinderat (13):

#### subventionen

29 wien, 2.4. (rk) bei zwei foerderungszuschuessen, naemlich fuer die durchfuehrung der internationalen biennale und fuer das ensemble-theater (berichterstatter gr. dipl.-volkswirt karoline p l u s k a l und gr. w i n d h a b beide spoe) waren oevp und fpoe zwar nicht gegen die foerderung, jedoch gegen die bedeckung aus den mitteln des kulturschillings (wortmeldung gr. prof. bittner, oevp). ein diesbezuglicher abaenderungsantrag der oevp wurde mit den stimmen der spoe abgelehnt.

#### existenzgruendungsaktion

gr. ing. h o f s t e t t e r (spoe) beantragte, einer vom bund und der stadt wien geschaffenen "gemeinsamen existenzgruendungsaktion" zuzustimmen. die aktion sieht bei einem foerderbaren volumen von bis zu vier millionen einmalige zuschuesse in der hoehe von 15 prozent der investitions- und betriebsmittelkosten vor. sie kann an personen unter 45 jahren, die einen nicht mehr als drei monate alten gewerbeschein besitzen, gegeben werden.

der bund lud alle oesterreichischen bundeslaender zur teilnahme an dieser aktion ein, erklarte gr. s a l l a b e r g e r (spoe). lediglich wien folgte bisher dieser einladung. schon an diesem beispiel wird deutlich, dass das bundesland wien in ueberaus wirkungsvoller weise wirtschaftsfoerderung betreibt. als einziges bundesland begann wien im jahre 1965, existenzgruendungen zu foedern, bis 1977 ermoeglichte wien fast 4.500 einzelunternehmern die existenzgruendung. die unternehmer zeigen, entgegen den behauptungen der oevp, vertrauen in die wirtschaftspolitik des bundes und des landes wien. so zeichnet sich fuer das heurige jahr ein neuer rekord bei den antraegen fuer die buerges-stammaktion ab. auch die gewerbestrukturverbesserung wird heuer staerker in anspruch genommen als voriges jahr.

wir freuen uns, dass die spoe nun auch die klein- und mittelbetriebe entdeckt, erklarte gr. dkfm. dr. w o e b e r (oevp). gerade diese betriebe haben einen erheblichen anteil an der aufrechterhaltung der vollbeschaeftigung in oesterreich. woerber kritisierte die belastungspolitik der bundesregierung und verwies darauf, dass die steuerquote unter dieser regierung von 35 auf 41 prozent gestiegen ist. die betraege, die in wien fuer die wirtschaftsfoerderung ausgegeben werden, machen sich klein aus gegenueber den 1,4 milliardenden fuer den bauring.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen. (sei) (forts.)  
1923

wiener gemeinderat (14):

august ritt-bruecke

31 wien, 2.4. (rk) die erhoehung des sachkredits fuer den neubau der august ritt-bruecke um 1,2 millionen beantragte gr. h e n g e l m u e l l e r (spoe). gr. a m m a n n (oevp) gab seiner hoffnung ausdruck, dass die bruecke rechtzeitig fertiggestellt werde damit die belastung fuer die hietzinger bevoelkerung bei sperre der nikolai-bruecke im kommenden sommer nicht so gross sei. ammann uebte kritik, dass die hietzinger ueber die drohende sperre nicht rechtzeitig informiert worden seien, und dass es keine alternativueberlegungen fuer die umleitung gegeben habe. die verkehrsverhandlungen seien im geheimen ohne information der oevp-fraktion und der bevoelkerung gefuehrt worden.

zu diesen vorwuerfen stellte gr. r o s e n b e r g e r (spoe) fest, dass das politische konzept der oevp in hietzing darauf beruhe, die unwahrheit zu sagen oder die bevoelkerung zu verunsichern. nach wie vor sei von einer "ersatz b 1" die rede, die durch die auhofstrasse gefuehrt werde. zur umleitung ueber die auhofstrasse nach sperre der nikolai-bruecke gibt es keine alternativen. die einengung der wientalstrasse auf eine fahrspur in jede fahrtrichtung haette stauungen bis zum karlsplatz zur folge gehabt. aus prestigehaltung haelt die oevp-bezirksvorsteherin an alternativkonzepten fest, die ein rettungsloses chaos verursachen wuerden. es gehe auch nicht an, den verkehr ueber penzing umzuleiten und einem anderen bezirk unzumutbare belastungen aufzubuerden.

zur "ueberparteilichen buergerversammlung" hat die oevp auf "pro wien"-papier mit absender der parteizentrale eingeladen. es sei die uebliche spielart der oevp, kommunale notwendigkeiten fuer politische zwecke zu missbrauchen und um jeden preis gegen die sozialisten in der stadtverwaltung zu felde zu ziehen. gr. rosenberger gab seiner hoffnung ausdruck, dass sich politische diskussionen nach der nationalratswahl wieder auf sachfragen reduzieren.

gr. dr. e b e r t (oevp) stellte fest, dass gr. rosenberger trotz einladung zur buergerversammlung nicht erschienen sei. die oevp habe verschiedene alternativen zur umleitung aufgezeigt, diese seien in undemokratischer form vom tisch gewischt worden. die spoe sei verbittert, weil die oevp mit den menschen gesprochen habe, sie informiert und ihnen verschiedene varianten aufgezeigt habe. (ba)  
(forts.)

1944

wiener gemeinderat (15):

august ritt-bruecke (schluss)

32 wien, 2.4. (rk) wenn reparaturarbeiten notwendig sind, dann muessen sie auch durchgefuehrt werden, erklaerte gr. d i n h o f (spoe). man soll keine kirchturmpolitik betreiben. der vorschlag, den verkehr durch die linzer strasse, eine schienenstrasse mit engstellen, umzuleiten, ist nicht ernstzunehmen. die verbindung vom floetzersteig zur autobahn wurde deshalb noch nicht gebaut, weil in der technischen universitaet laermschutzmassnahmen geprueft wurden.

die debattenbeitraege der oevp sind keine meisterleistungen der demokratie, erklarte stadtrat n i t t e l (spoe). er stellte fest, dass er das gespraech mit frau bezirksvorsteher bischof gesucht und ihr die sachlichen notwendigkeiten dargelegt habe. der oevp-vorschlag, den verkehr durch die deutschordensstrasse und die linzer strasse umzuleiten, ist sachlich nicht vertretbar. fuer die bewaeltigung von bis zu 22.000 autos je richtung sind zwei fahrspuren notwendig. bezirksvorsteherin bischof dachte sogar an eine umleitung durch den lainzer tiergarten. die westausfahrt ist auch fuer die grosse mehrheit der hietzinger eine wichtige verbindung. auch fuer die hietzinger ist es von interesse, dass diese strasse in ordnung ist. die gleisbauarbeiten in der hietzinger hauptstrasse und in der huetteldorfer strasse haben keinen einfluss auf die umleitungsmassnahmen im zusammenhang mit der sperre der nikolai-bruecke. die umleitungsmassnahmen werden nach ende der bauarbeiten rueckgaengig gemacht, die auhofstrasse ist keine ersatz-bundesstrasse. nittel kuendigte an, dass er die bewohner der auhofstrasse in einem persoenlichen schreiben ueber die vorgesehenen massnahmen informieren wird. er habe die entscheidung nach eingehender pruefung aller sachlichen moeglichkeiten getroffen. der rueckflutverkehr vor schulbeginn wird bereits wieder ueber die normale route fliessen. die arbeiten an der nikolaibruecke dauern vom 6. juni bis zum 30. august.

warum wurde der brief an die bewohner der auhofstrasse nicht schon vor einem jahr geschrieben, als feststand, dass die nikolai-bruecke gesperrt werden muss, fragte gr dkfm. a m m a n n (oevp). er sei nach wie vor der meinung, dass man eine grossflaechige entscheidung haette treffen koennen. die vorschlaege und alternativen der oevp waeren realisierbar gewesen. die umleitung durch den lainzer tiergarten war eine scherzhafte antwort auf eine scherzhafte frage. ist es eine meisterleistung der demokratie, fragte ammann, umleitungen gegen den willen der bezirksvertretung festzulegen?

gr h e n g e l m u e l l e r (spoe) erinnerte in seinem schlusswort daran, dass die august ritt-bruecke ende mai fortig wird.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen. (ger) (forts)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (16):

cafe schwarzenberg

33 wien, 2.4. (rk) die pacht des ringstrassencafes schwarzenberg durch die gemeinde wien von den eigentuern und die weiterverpachtung an die wigast beantragte gr. h o l u b a r z (spoe). gr. dr. h i r n s c h a l l (fpoe) begruesst die initiative des kulturamtes zur rettung eines der wenigen ringstrassencafes, meldete jedoch bedenken gegen den eingeschlagenen weg an. der wigast wird als starthilfe der pachtzins fuer fuenf jahre lang gestundet, was fuenf millionen ausmacht. zu befuerchten ist, dass ein betriebsdefizit hinzukommt. man haette versuchen sollen, einen privaten paechter zu finden und diesem zur renovierung eine foerderung zu geben. gr. dr. k r a s s e r (oevp) wies darauf hin, dass von den ehemaligen 38 ringstrassencafes nur mehr vier existieren. die ursachen sind kostenentwicklung auf dem betriebs- und personalsektor, die steuerliche belastung und hohe gebuehren. ein echt kalkulierter preis waere dem gast unzumutbar. nur familienbetriebe koennen damit noch fertig werden. in diesem fall war kein privater in sicht. haette die stadt wien nicht eingegriffen, waere eine bank oder ein autohaendler eingezogen. das einschreiten der stadt wien aus einem echten kommunalen interesse ist zu bejahen. die situation der kaffeehaeuser sollte zum anlass einer wissenschaftlichen untersuchung ueber die strukturellen schwaechen der typischen wiener cafehaeuser genommen werden. anschliessend soll ein massnahmenkatalog ausgearbeitet werden und rasche massnahmen verwirklicht werden. dr. krasser brachte einen diesbezuglichen b e s c h l u s s a n t r a g ein. im s c h l u s s w o r t wies der berichterstatter darauf hin, dass die verpaechter weit hoehere angebote ausgeschlagen haben, um den cafehausbetrieb zu erhalten.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen.

der beschlussantrag wurde einstimmig dem ausschuss fuer 'finanzen und wirtschaftspolitik' zugewiesen. (smo) (forts)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (17):

debatte buergerdienst

34 wien, 2.4. (rk) gr. dr. p a w k o w i c z (fpoe) verlangte rechtzeitige information und offene planung. es muessen in fruehem stadium verschiedene varianten zur diskussion gestellt werden. beim buergerdienst koennten die informationen zusammenlaufen, und von hier koennten sie ausgehen. pawkowicz verlangte, der buergerdienst muesse eine unterstuetzung fuer die demokratischen rechte des einzelnen zur artikulierung seines unbehagens sein. als beispiel nannte er das buero fuer buergerinitiative in graz.

er haette sich eigentlich vom buergerdienst mehr erwartet, erklarte gr. mag. k a u e r (oevp) er kritisierte, dass bis ende mai "geprueft, getestet und in erwaegung gezogen" werde. er vermisste auch zu erfahren, wieviel personal, welche leute eingesetzt werden, welche kriterien fuer die aufnahme in den buergerdienst notwendig seien und welche mitteln zur verfuegung stehen.

wie weit sind eingriffe in andere geschaeftsgruppen rechtlich moeglich? der buerger will, dass die verwaltung fuer ihn da ist und moechte dort, wo er lebt, mitreden. er verlange mehr rechte.

die mangelnde mitarbeit der oevp an der idee des buergerdienstes kritisierte gr. w i n d h a b (spoe). die spoe habe die mitwirkung des buergers nicht erst jetzt eingefuehrt, das arbeitsprogramm des buergermeisters spreche von v e r s t a e r k t e r mitwirkung der bevoelkerung. "wir sollten uns freuen, dass wir heute mit den problemen konfrontiert sind, die es frueher nicht gab". er verwies unter anderem auf die familienbeihilfen, alterspensionen, fuer arbeiter, kuenstler und selbstaendige und schuelerfreifahrten. die aufgabe des buergerdienstes sei es, anzuhoeren, zu pruefen, festzustellen, zu vermitteln, zu koordinieren und zu helfen in allen lebenslagen. mit dieser einrichtung soll die hilfe an den buerger herangebracht werden. der buergerdienst muesse wachsen und sich an seinen aufgaben orientieren. (and) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (18):

debatte buergerdienst (schluss)

35 wien, 2.4. (rk) die liste an informationsmaterial und an serviceeinrichtungen, die bereits jetzt dem buerger zur verfuegung stehen haette noch beliebig fortgefuehrt werden koennen, betonte stadtrat dr. z i l k in seinem schlusswort. ueber die genauen raeumlichkeiten und ueber die zahl der mitarbeiter koenne jedoch so kurze zeit nach seinem amtsantritt noch nichts konkretes ausgesagt werden. 98 personen haben sich bis jetzt zur mitarbeit gemeldet, deren qualifikation sich in seminaren noch zeigen wird. ziel und aufgabe des buergerdienstes sei es, jedem einzelnen, der hilfe braucht, der ein gespraech sucht, beides zu bieten und zu helfen.

#### dringliche anfrage

nun gelangte die dringliche anfrage der oevp an finanzstadtrat h a n s m a y r ueber die gesamtpruefung der allgemeinen krankenhauses wien, planungs- und errichtungs-ag (akpe) zur behandlung. die anfrage gliedert sich in folgende punkte:

1. welchen finanziellen aufwand musste die stadt wien durch die gruendung und taetigkeit der "allgemeines krankenhauses wien, planungs- und errichtungs-aktiengesellschaft" (akpe) seit 1975 bis ende 1978 tragen und wie hoch schaezt man diese ausgabe ab 1979 bis zur vollen inbetriebnahme des neuen allgemeinen krankenhauses?

2. hat die stadt wien als 50prozentiger gesellschaftler den zwischen der akpe und der "arbeitsgemeinschaft projektmanagement allgemeines krankenhauses wien - universitaetskliniken", kurz apak, geschlossenen vertrag gebilligt und warum wurde darueber weder der stadtsenat noch der gemeinderat informiert?

3. stimmt es, dass die akpe bisher finanzielle verpflichtungen gegenueber der apak in der hoehe von rund 700 millionen schilling eingegangen ist?

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (19):

dringliche anfrage (forts)

36 wien, 2.4. (rk) zur begruendung der dringlichen anfrage meldete sich stadtrat dr. g o l l e r (oepv) zu wort. der gemeinderat hat das recht, voll ueber den bau des allgemeinen krankenhauses informiert zu werden. seit der gruendung der akpe im september 1975 seien die vorgaenge nicht mehr transparent. die dem stadtsenat vorgelegten berichte seien unbefriedigend. die oepv habe schon zweimal eine ueberpruefung durch das kontrollamt beziehungsweise durch den rechnungshof verlangt. erster debattenredner war anschliessend ebenfalls stadtrat dr. g o l l e r (oepv). die verwaltungskosten der akpe belaufen sich auf 22 millionen schilling jaehrlich. der personalstand der akpe betraegt 68, der der apak 94. das sind insgesamt um rund hundert mehr als frueher. ueber den vertrag zwischen akpe und apak wurde bisher im stadtsenat und im gemeinderat noch kein wort verloren. es gent um milliardenbetragee. die abwicklung und durchfuehrung des neubaus des akh duerfen keine geheime komandosache der spoe sein. goller forderte, dass dem gemeinderat ein umfassender bericht vorgelegt werde. die gesamtpruefung des akh-neubaus soll umgehend erfolgen. (ger) (forts)

2120

wiener gemeinderat (20):

dringliche anfrage (forts)

37 wien, 2.4. (rk) es sei notwendig, in erinnerung zu bringen, dass es zu den fragen der nunmehrigen dringlichen anfrage bereits zielfuehrende **initiativen** der fpoe gegeben hat, erklerte gr. dr. h i r n s c h a l l (fpoe). die fpoe hat mit einem dringlichen antrag im gemeinderat verlangt, dass das kontrollamt die umstaende des planungsauftrags durch die akpe untersucht. noch am selben tag wurde im gemeinderat mitgeteilt, dass der buergermeister eine solche pruefung veranlasst hat. die pruefung wurde damit immerhin in gang

4. wenn ja, warum wurde die berechnungsgrundlage, wonach der durchschnittliche aufwand pro beschaeftigten und monat bei der apak mit 62.000 s (preisbasis 1975 (rufz) gebunden an aenderungen des kollektivvertrages fuer industrieangestellte) kalkuliert worden sein soll, akzeptiert?

5. wie hoch war neben den vereinbarten 700 millionen schilling der zusaetzliche aufwand der akpe - aufgeschluesselt nach detailkosten - an die apak seit vertragsbeginn bis ende 1978 und wie hoch werden diese aufwendungen - ebenfalls detailliert - ab 1979 bis zur inbetriebnahme des neuen akh geschaezt?

6. welche vertragsgegenstaendlichen leistungen der apak wurden von dieser ganz oder teilweise an dritte weitergegeben?

7. warum wird ueber auftrag des herrn buergermeisters das kontrollamt lediglich die ueberpruefung eines einzigen vergabeauftrages der akpe an die arge "betriebsorganisation akh" (abo) durchfuehren?

8. sind sie nicht der ansicht, dass es dem kontrollamt umgehend ermoeglicht werden muesste, rasch eine gesamtpruefung (gebarungs- und sicherheitskontrolle) der akpe vorzunehmen?

9. glauben sie, dass angesichts der grossen und ueber jahrzehnte hinausgehenden belastungen in der bisherigen vorgangsweise und projektvergabe die notwendige transparenz fuer die verfassungsmaessigen organe der stadt wien gegeben ist?

(ba) (forts)

2114

gesetzt. spaeter stellte sich heraus, dass das kontrollamt keine genrelle pruefungsbefugnis fuer die akpe hat. die fpoe hat daher dann im gemeinderat beantragt, dass eine solche befugnis ehestens fuer die akpe gegeben wird. wie wichtig eine laufende kontrolle der gebarung der akpe waere, beweisen die berichte im ''profil'' ueber die merkwuerdigen umstaende der vergabe von stahlrostdecken bei der nicht der bestbieter den auftrag erhielt. mit der daraufhin erfolgten beschlagnahme des ''profil'' kann man keine freude haben, weil das aufzeigebn von kartellbildungen als verdienstvoll angesehen werden muss und dem nutzen der stadt dienlich ist. der akpe kann man nicht helfen, indem man ueber solche angelegenheiten den mantel des schweigens breitet, sondern nur durch umfassende pruefungen. (smo)

2141

wiener gemeinderat (21):

dringliche anfrage (forts.)

38 wien, 2.4. (rk) die betriebskosten fuer den akh-komplex werden das doppelte bis dreifache von einer pavillonbauweise betragen, kritisierte stadtrat dr. gertrude k u b i e n a (oevp). bis heute liege noch kein betriebsfuehrungs- und kostenplan vor. nach der vorlage des berichtes ueber das akh im maerz 1978 hat die oevp verschiedene fragen an den finanzstadtrat gestellt. beispielsweise wann die apak gegruendet wurde, wie hoch die gesamtkosten kommen, welche kosten durch zusatzbauten entstehen und wann das bauwerk fertiggestellt sein wird. ebenfalls interessant sei die frage nach dem auftragsvolumen des wiener bueros, von dem sich herausstellte, dass es gleichzeitig das buero der oekodata ist. eine firma, die finanzstadtrat mayr urspruenglich abgelehnt hatte, sei nun ueber ein ''hintertuerl'' in den genuss des auftrages fuer die betriebsplanung gekommen.

die oevp skandalisiere nicht, sie verlangt nur die kontrolle der finanziellen gebarung bei steuermitteln. derzeit sei von der viel geruehmten transparenz keine rede. (ba)

das damalige komitee, bestehend aus vier ministern und vier stadtraeten, war ineffizient, erklarte gr h a h n (oevp). die bauabwicklung war immer schleppender geworden, die finanzielle situation war alles andere als rosig. die gruendung der akpe war ein ausfluss der attacken der oevp. ueber die kosten des akh gebe es innerhalb der spoe die widerspruechlichsten aussagen. hahn forderte stadtrat mayr auf, alle fragen korrekt aufzuklaeren. (ger)

(forts)

2147

wiener gemeinderat (22):

dringliche anfrage (schluss)

39 wien, 2.4. (rk) bezugnehmend auf gr. hahn erklarte stadtrat m a y r (spoe) in der muendlichen anfragebeantwortung, dass ohne beweis menschen an den pranger gestellt werden, was offenbar methode der oevp ist. rueckblickend auf die baugeschichte des akh, erklarte mayr, dass es im sommer 1958 zu einer grundsaeztlichen einigung zwischen bund und gemeinde ueber den neubau gekommen ist. beim grundsatzbeschluss im stadtsenat hat der damalige gesundheitsstadtrat glueck die bauzeit mit zehn bis zweielf jahren angegeben, und auf seinen antrag wurde der neubau jener arbeitgemeinschaft uebergeben, die hahn heute so kritisiert hat.

die besprechungen des damaligen spitzenausschusses standen unter dem vorsitz von oevp-ministern. und die zentralbauweise, die jetzt kritisiert wird, wurde von der oevp beantragt. vp-stadtrat glueck war dann noch elf jahre lang fuer den bau verantwortlich, und er konnte seine eigenen zusagen nicht einhalten. bis 1975 wurden insgesamt nur 2,7 milliarden verbaut, von november 1975 bis dezember 1978 jedoch 2,8 milliarden. aus einer reihe von protokollen ist ersichtlich, dass der damalige finanzreferent slavik ungehalten war, dass zuwenig geld verbaut wurde. es war also nicht so, dass zuwenig geld zur verfuegung stand.

mayr beantwortete im einzelnen die punkte der anfrage:

1. der finanzielle aufwand der stadt wien fuer die gruendung der akpe betrug 700.000 s, die taetigkeit der akpe machte seit 1975 bis 1979 33,8 millionen erforderlich.

2. der vertrag zwischen akpe und apak wurde vom aufsichtsrat beschlossen, er faellt nicht in die kompetenz des stadsenates oder gemeinderates.

3. der projektmanagementvertrag zwischen akpe und apak wurde zu einem pauschalhonorar von 666 millionen zuzueglich nebenkosten vergeben. preisbasis 1. jaenner 1976. der durchschnittliche aufwand pro person und monat war mit 51.340 s kalkuliert.

4. darueber hinaus erhielt die apak auftraege um 30 millionen zur einfuehrung in die implementierung des anlagekennzeichnungssystems, um 40 millionen fuer zusaetzliche managementleistungen infolge projekterweiterungen, um 13 millionen fuer taetigkeiten im edv-bereich. darueber hinaus sind aus heutiger sicht keine weiteren leistungen vorgesehen oder zu erwarten.

5. von der apak wurden leistungen weitergegeben: an univ.-prof. wojda auf dem fachgebiet projektorganisation. dieser auftrag entspricht einem quasi-beteiligungsverhaeltnis an der apak von 15 bis 20 prozent, an die siemens-oesterreich fuer elektronische spezialbereiche von ca. 6 millionen, an das zivilingenieurbuero dr. meixner fuer kontrollvermessungen mit bisher 1 million, wobei auf baudauer mit 5 bis 7 millionen zu rechnen ist, in der anfangsphase wurde seitens prof. wojda eine mitarbeit der oekodata erwogen, wobei einige mitarbeiter der oekodata wenige monate taetig waren. ein vertragsverhaeltnis kam nicht zustande, an technisches buero ing. steiner fuer dichtungsprobleme mit 300.000 s, daureber hinaus wurden von der apak noch einige kleinere auftraege an zivilingenieure und technische bueros vergeben, wobei die einzelauftraege einige hunderttausend schilling nicht ueberschreiten, weiter werden fallweise im rahmen von personal-leasingvertraegen der firma siemens personen beschaeftigt (zwei bis vier personen). (smo)

6. wurde bereits bei punkt 5 beantwortet.

7. und 8. am 20. februar 1979 ersuchte buergermeister graz den finanzminister, einer ueberpruefung der vergabepaxis durch das kontrollamt zuzustimmen. die zustimmung des finanzministers erfolgte am 23. 2. 1979. am 27. 2. 1979 ersuchte der buergermeister den finanzminister, der gesamten gebarungspruefung durch das kontrollamt zuzustimmen. die zustimmung des finanzministers erfolgte am 9. 3. 1979. zu diesem zeitpunkt war nach ansicht der rathaus-

juristen das kontrollamt bereits berechtigt, zu pruefen. das kontrollamt hat selbst um eine schriftliche zustimmung des buergermeisters gebeten. diese ist am 29. 3. 1979 erfolgt.

die akpe ist eine tochter des bundes und der stadt wien, und der rechnungshof hatte und hat jederzeit die moeglichkeit zu pruefen. aufgabe von kontrollinstanzen wie der rechnungshof ist es, von sich aus taetig zu werden. als der rechnungshofpraesident selbst von einer arbeitsueberlastung sprach, hat sich die stadt wien ohne zeitverlust an das kontrollamt gewandt.

9. der auftrag zur pruefung durch das kontrollamt erfolgte sofort und unverzueglich. der bericht des kontrollamtes wird ohne verzoegerung den zustaendigen instanzen vorgelegt. die stadt wien ist bereit, alle fakten auf den tisch zu legen.

anschliessend meinte stadtrat mayr, dass die oevp diesen bau, den sie bei der beschlussfassung enthusiastisch begruesst hatte, nun zwischenzeitlich weglegen moechte, aber wahrscheinlich wird sich die oevp bei der eroeffnung des neuen akh wieder in die erste reihe draengen.

am 26. april dieses jahres findet die gleichenfeier fuer den zweiten ~~bettentrakt~~ statt. an diesem tag und bis zum 29. april wird es an der baustelle einen "tag der offenen tuer" geben, damit sich die wiener bevoelkerung ein bild vom bisherigen baufortschritt machen kann. (sei) (schluss)

++ ende des sitzungsberichtes ++